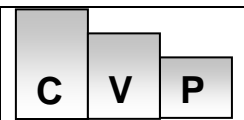


## Position der Ratsfraktion der Christlichen Volkspartei



Die Mehrheit im Rat der Stadt Petzheim wird aus einer Koalition der Fraktionen der Sozialen Arbeiterpartei Deutschland (SAD) und der Ökologischen Liste (ÖL) gebildet. Die ÖL hat einen Ratsantrag zur gemeinsamen Erschließung eines interkommunalen Gewerbegebietes mit der Nachbarstadt Hosberg gestellt. Der Großteil der Fraktion der Christlichen Volkspartei steht dem Planungsvorhaben ablehnend gegenüber.

### **Argumente gegen die Realisierung des Planungsvorhabens:**

- Von einigen Fraktionsmitgliedern werden finanzielle Einbußen befürchtet, wenn die gewünschten Gewerbesteuerereinnahmen ausbleiben.
- Überdies ist es für Sie nicht nachvollziehbar, dass Petzheim 50 % der Kosten für die Sanierung der Gas- und Wasserleitungen aufwenden muss, obwohl die Stadt später nur 1/3 der Gewinne erhält.
- Einige Fraktionsmitglieder schätzen es negativ ein, dass die Unternehmen trotz der gemeinsamen Planung im Nachbarort ansässig sind. Es wird befürchtet, dass die Kommune das Image einer „Schlafstadt“ bekommen könnte und so für zukünftige Unternehmensansiedlungen unattraktiv wird.
- Außerdem wird ein Verlust an Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten befürchtet, weil durch die gemeinsame Planung Kompromisse mit der Nachbarstadt Hosberg eingegangen werden müssen.

Aus diesen Gründen sprechen sich einige Fraktionsmitglieder gegen eine Kooperation mit der Nachbarstadt aus und wollen sich prioritär auf die Vermarktung der eigenen kleineren Gewerbegrundstücke konzentrieren, deren Erlös allein ihrer Kommune zugute kommt.

### **Abweichende Meinungen:**

- Einige Fraktionsmitglieder erhoffen sich durch die gemeinsame Planung, dass die Konkurrenzsituation um solvente Unternehmen mit der Nachbarstadt Hosberg und damit das ruinöse gegenseitige Unterbieten bei Gewerbeflächengrundstückspreisen zukünftig vermieden werden kann.
- Vor allem Mitglieder des Heimat- und Naturschutzvereins der Fraktion stehen dem Planungsvorhaben auf der Industriebranche positiv gegenüber. Zum einen weil ein Großteil der Fläche bereits versiegelt ist, und nur 5 ha zusätzliche Fläche versiegelt werden müsste, und zum anderen 10 ha Fläche im eigenen Stadtgebiet erhalten bleiben könnten.